

Militärische Rettung der Geiseln?

Von Alfonso Gómez

Die Aufforderung des Büros des UNO-Hochkommissars für Menschenrechte in Bogotá an die kolumbianische Regierung, anstatt die Befreiung der politischen Geiseln der FARC zu versuchen, mit der FARC in Verhandlungen zu treten, hat in den Medien Kolumbiens lebhaft Reaktionen ausgelöst. Nach einem Kommentar der Tageszeitung "El Tiempo" hier ein weiterer Kommentar aus der Tageszeitung "El Liberal" (Popayán) vom 20.6.05:

Die Empfehlung des UNO-Büros an die Regierung hat viele Reaktionen ausgelöst über die Art und Weise, wie man sich des Themas der Geiseln in der Hand der FARC annehmen sollte, und man hat dem Präsidenten geraten, keine gewaltsame Befreiung der Geiseln anzustreben.

Grundsätzlich haben Regierungen das Recht und die Pflicht, gegen Verbrechen vorzugehen. Handelt es sich um Entführungen, so muss die wichtigste Reaktion der Regierung sein, die Opfer zu befreien. Das Eingreifen des Staates darf dabei Mittel der Gewaltanwendung nicht ausschließen, allerdings muss das vorrangige Motiv immer der Schutz des Lebens der Opfer sein. Jegliche Intervention der Staatsmacht muss vor allem davon geleitet sein, dass die Entführten bei einer Rettungsaktion nicht ihr Leben verlieren.

Bei Entführungen in ländlichen Gebieten, zumal wenn die Entführer bewaffnet sind, ist die Chance, dass eine Militäroperation das Leben der Opfer nicht in Gefahr bringt, gleich Null.

Wahrscheinlich hat die UNO, als sie ihre Empfehlung aussprach, an die Militäration gedacht, die unternommen wurde, um..... den Gouverneur des Departements Antioquia, Guillermo Gaviria Correa zu befreien, der dabei ums Leben kam. Hunderte von Soldaten, Polizisten und Zivilisten befinden sich seit Jahren in der Gewalt der FARC, ohne dass der Staat Aktionen unternommen hätte, sie gesund und wohlbehalten zu befreien. Aus gutem Grund haben Angehörige der Opfer vorgebracht, sie akzeptierten nicht, dass nach einer solchen Operation ihnen ihre Lieben in Särgen mit der kolumbianischen Flagge übergeben würden. Sie wollen diese Märtyrer eines absurden Krieges lebend zurück. Und in diesem Kontext muss man den Direktor des UNO-Büros in Kolumbien verstehen. Niemand bestreitet das Recht des Staates, gegen das Verbrechen vorzugehen. Was man aber verlangen muss ist, dass gemäß den Normen des humanitären Rechts vorgegangen wird, wonach man vor allem verpflichtet ist, das Leben der Opfer zu respektieren.

Auf diesem Gebiet blickt Kolumbien auf eine lange Tradition der Inkohärenz zurück. Es tut weh, es zu sagen, aber die Regierungen haben immer wieder ihr Handeln an der "Qualität" der Opfer orientiert. 1969 wurde der damalige Minister Fernando Londoño von gewöhnlichen Kriminellen entführt. Auf Bitten des Entführten beschloss das Kabinett den Abzug des Heeres aus Teilen des Departements Caldas, um der Familie Gelegenheit zu geben, mit den Entführern zu verhandeln, wodurch letztlich das Leben der Geisel gerettet wurde.

1980 nahm die damalige Guerrillagruppe M19 bei einem Überfall auf die Botschaft der Dominikanischen Republik in Bogotá eine Gruppe hochrangiger Geiseln, angeführt vom Apostolischen Nuntius. Obwohl die Geiselnnehmer beim Eindringen in die Botschaft einige Menschen getötet hatten und unerfüllbare Forderungen stellten, wählte die Regierung von Präsident Turbay nicht den Weg der Gewalt, sondern den des Dialogs und rettete das Leben der Geiseln. Die Guerrilleros wurden nach Garantien der Staatsmacht nach Cuba ausgeflogen.

Im Jahre 1985 wiederholte diese Gruppe ihre Operation unter gleichen Bedingungen, jedoch nicht in einer diplomatischen Vertretung, sondern im Justizpalast. Die damalige Regierung lehnte Verhandlungen ab und befahl die Erstürmung des Gebäudes. Das Ergebnis war der Tod der Polizisten, der Angreifer und von rund hundert Zivilisten, darunter die Hälfte der Mitglieder der Obersten Gerichts. Sie waren eben nur Geiseln, keine Diplomaten.....

